

Platz abbeck

Nr. 8, 8. November 2007

DIE LINKE.KÖLN

Die Linke.Köln Fraktion im Rat der Stadt Köln

V.i.S.d.P. Die Linke.Köln, Haus Neuerburg, Gülichplatz 3, 50667 Köln,
Tel. 221-278 40, Fax 221-278 41, email: DieLinke.Koeln@stadt-koeln.de,
www.linksfraktion-koeln.de

Keine Kürzungen bei den Schulbibliotheken!

Es hat schon längst geschellt. Immer noch stehen Schüler und Schülerinnen mit Armen voller Bücher vor der Leihtheke zur Abgabe ihrer Bücherkarten. Sie lassen dafür gerne die Ermahnungen der Lehrer und Lehrerinnen wegen der Verspätung zum Unterricht über sich ergehen und manch einer hofft, noch während der Stunde einen heimlichen Blick in seinen Lieblingsschmöker zu tun.

Schulbibliotheken in Köln sind etwas ganz besonderes. Es gibt sie längst nicht an allen, sondern nur an großen Schulen. Und: sie leisten einen Dienst, der nicht hoch genug eingeschätzt werden kann. Die PISA-Studie sagt uns, dass erschreckend viele Schüler nicht ausreichend lesen können. Hier haben wir ein Instrument, mit der die Lesefreude und -praxis der Schüler gefördert wird. Wenn dieses Instrument zurückgebaut wird, spielt Köln mit der Zukunft unserer Kinder.

Bibliothekseinführungen für die neuen Klassen, Zusammenstellung von Handapparaten, Vorlesewettbewerbe, Autorenlesungen, Durchführung von Lesenächten und Lesestunden, workshops zum Welttag der Poesie – das sind nur einige der Veranstaltungen, die für die BibliothekarInnen zum laufenden Geschäft im Bibliotheksalltag gehören. Dazu kommen das tägliche Einsortieren der Bücher, die Signierung von Neuanschaffungen, die Beratung der Schülerinnen und Schüler und ihre Betreuung in den elektronischen Selbstlernzentren.

Die Aufgaben des Personals in den Schulbibliotheken sind also vielfältig und anspruchsvoll. Sie verlangen eine spezielle Ausbildung und langjährige Erfahrung. Die betreffenden Schulen können auf dieses Personal nicht verzichten.

Dennoch hat es bereits in der Vergangenheit erhebliche Kürzungen gegeben. So wurde 1999 in der Gesamtschule Porz eine Stelle nicht wiederbesetzt und 2001 in der Gesamtschule Zollstock eine halbe und in Rodenkirchen eine ganze Stelle gekürzt.

Fortsetzung Seite 2

Haushalt 2008:

Kommunale Pflöcke gegen steigende Armut setzen

Beim Einbringen des Haushalts 2008 frohlockte Stadtkämmerer Soénius: „Die Basisdaten der wirtschaftlichen Entwicklung erscheinen positiv.“ Er sprach vom wirtschaftlichen Aufschwung von 2,3% und vom Rückgang der Arbeitslosigkeit. Die Unternehmen in Köln machen mehr Umsatz und Gewinn. Die Stadt erhält derzeit 60 Mio. mehr Gewerbesteuer als geplant. Für den Haushalt 2008 kann man mit 1,01 Mrd. Euro Einnahmen aus der Gewerbesteuer rechnen.

Auch wenn in Köln die Arbeitslosigkeit sinkt, so steigt die Zahl der prekären Beschäftigungsverhältnisse. Das macht sich daran bemerkbar, dass in der kommenden Ratssitzung am 8.11. eine überplanmäßige Ausgabe nachträglich für 2007 von 16 Mio. Euro für die Soziale Sicherung einbracht wurde. Die Verwaltung muss selber eingestehen:

„Der Mehrbedarf bei den Leistungen für Unterkunft und Heizung nach SGB II ist darauf zurückzuführen, dass es bislang nicht

gelingen ist, die Anzahl der Hilfeempfänger nachhaltig zu reduzieren. Zwar hat die Arbeitslosenzahl durch den konjunkturellen Aufschwung spürbar abgenommen. Die positiven Veränderungen ergeben sich aber fast ausschließlich im Leistungsbereich des SGB II. An der ArGe Köln und ihrem Klientel läuft der Wirtschaftsaufschwung hingegen weitgehend vorbei. ... Auffällig ist weiter, dass der Anteil der Hilfeempfänger zunimmt, die trotz Berufstätigkeit kein bedarfsdeckendes Einkommen erzielen. ... Die Zunahme von Mini-Jobs und der durch den harten Wettbewerb bedingte Lohnverfall im Dienstleistungssektor führen zu einer Zunahme der Fälle, in denen aufstockende Hilfe zu gewähren ist – in aller Regel zu Lasten der Kommune.“ (DS 4272/2007)

Das bedeutet, dass die Schere zwischen armen und reichen Kölnerinnen und Kölnern in den nächsten Jahren noch einmal weiter auseinanderdriften wird. Das wird DIE LINKE. in Köln kritisieren und anprangern. →

Die neue Gemeindeordnung

Informationsveranstaltung der Fraktion DIE LINKE. KÖLN

Mittwoch, 28.11., 19 Uhr, Rathaus, Spanischer Bau, Kardinal-Frings-Raum

Öffentliche Daseinsvorsorge nach der Reform der Gemeindeordnung

Referent: Wolfgang Uellenberg van Dawen, Vors. des DGB Köln-Leverkusen-Erft

Mehr Macht dem Bürgermeister, weniger Macht den BürgerInnen

Demokratieabbau durch die neue Gemeindeordnung

Referent: Jörg Detjen

Die schwarz-gelbe Landesregierung setzt ihre Verwaltungsreform ohne Rücksicht auf Verluste durch. In der neuen Gemeindeordnung baut sie Rechte von Bürgern ab und die Machtfülle der Bürgermeister aus. Kommunalen Unternehmen wird es künftig schwerer gemacht, preiswerte und gute Dienstleistungen für ihre Bürger zu erbringen. Die Verunsicherung bei Kommunalpolitikern sowie den BürgerInnen ist groß. Auswirkungen, Handlungsspielräume und der Kampf gegen die Auswüchse dieser „Reform“ werden im Zentrum der Informationsveranstaltung stehen.

Im Jahr 2002 fiel schließlich in den Gesamtschulen Höhenhaus und Holweide je eine halbe Stelle weg. Und dann legte im Jahr 2006 die Unternehmensberatungsfirma Kienbaum weitere Kürzungsvorschläge auf den Tisch, und die Mehrheit der Ratsmitglieder stimmte mit dem Haushalt 2007 zwei weiteren Kürzungen zu, die bis 2010 umgesetzt werden sollen. Die Personaldecke in den Schulbibliotheken ist aber am „unabdingbar notwendigen Minimum“ angelangt, so ein Schuldirektor, „eine weitere Kürzung von Fachpersonal ist aus unserer Sicht nicht zu vertreten.“

Das Schulverwaltungsamt rückte auf Anfragen der Fraktion DIE LINKE. KÖLN nur sehr zögernd und teilweise gar nicht mit den vorausgegangenen Kürzungen von Stellen an den Schulbibliotheken raus. Mit Recht nimmt die Fraktion an, dass auch diejenigen, die im Rat für den Haushalt 2007 gestimmt haben, von den Kürzungen in der Vergangenheit nichts gewusst haben. Die Fraktion DIE LINKE. KÖLN stellte zur Ratsitzung am 8. November deshalb den Antrag auf Rücknahme der im Haushalt 2007 beschlossenen Kürzung.

Michael Kellner

Erste Schritte mit dem Kölner Bürgerhaushalt

Am 22. Oktober startete der Kölner Bürgerhaushalt. Der Bezirk Berlin-Lichtenberg sammelt bereits seit drei Jahren Erfahrungen mit diesem Instrument. Die dortige Linkspartei-Bürgermeisterin, Christina Emmrich, schilderte uns ihre Erfahrungen auf Einladung der Fraktion im März 2007. Sie warnte, dass alle Parteien und die Stadtverwaltung hinter einem Bürgerhaushalt stehen müssen, sonst wird ein solches Projekt nicht ernst genommen und ist zum Scheitern verurteilt.

Das war ein Grund, warum DIE LINKE. im Stadtrat großen Wert darauf legte, dass alle Beteiligten – insbesondere der CDU-Kämmerer – mitmachen. Denn der Aufwand für einen Bürgerhaushalt ist für die Stadtverwaltung nicht gerade gering.

Für den Bürgerhaushalt gibt es verschiedene Vorbilder. Für die Linke ist Porto Alegre ein positives Beispiel. In der brasilianischen Großstadt stimmten die Einwohner über den Bau der gesamten Infrastruktur von Wasser und Strom ab.

Köln ist nun die erste Millionen-Stadt in NRW, die sich an das Projekt wagt. Nachdem man in Bonn vor zwei Jahren schlechte Erfahrungen mit Stadtteilveranstaltungen

Für die Fraktion im Rathaus stellt sich aber die wichtige Frage: Wie kann die Armut erfolgreich bekämpft werden? Uns ist klar: Wir können nicht die Steuergesetzgebung ändern, aber wir können daran arbeiten, den kommunalen Spielraum zu nutzen, um gerade diese Menschen finanziell zu entlasten.

Es ist ermutigend, wenn die Beschäftigten im Einzelhandel in Köln selbst aktiv werden, Lohnforderungen stellen und streiken, und somit einen Beitrag im Kampf gegen prekäre Beschäftigungsverhältnisse leisten mit dem Ziel, Lohnerhöhungen durchzusetzen.

Mit der Einführung des Köln-Passes hat die Fraktion DIE LINKE. KÖLN im letzten Jahr einen wichtigen Beitrag geleistet. Auf unser Drängen hatten sich SPD und Grüne bereit erklärt, auch Personen in den Nutzerkreis aufzunehmen, die 10% über den Bedarfssätzen von ALG II liegen. Alleine diese Gruppe umfasst 40.000 Personen. Hier muss geprüft werden, ob der 10%ige Ansatz noch heraufgesetzt werden kann. Darüber hinaus müssen die Leistungen des Köln-Passes deutlich ausge-

gen gemacht hatte, zu der nur die wenigen „üblichen Verdächtigen“ erschienen, liegt in Köln der Schwerpunkt zunächst bei der Internetplattform.

In einer repräsentativen Umfrage klärte die Stadtverwaltung, für welche Themen sich die Kölner am meisten interessieren. Zur Überraschung vieler waren es Sport, Verkehr, Natur und Landschaftspflege. Das sind Themen, die die Linke nicht unbedingt auf die ersten Plätze setzen würde.

Aber alle drei Bereiche haben einen Bezug zur kommunalen Versorgung der Bevölkerung mit öffentlichen Gütern. So stehen das Schulschwimmen und die Schließung von kommunalen Hallenbädern in einem direkten Zusammenhang mit dem Thema Sport.

Bis zum 19. November können Vorschläge im Internet oder per Telefon gemacht werden. Anfang November waren schon über 4.000 Ideen eingegangen. Sie können im Internet unterstützt werden. Für jeden Bereich werden dann jeweils 100 Vorschläge, die am meisten Unterstützung

bekommen haben, in die laufenden Haushaltsberatungen eingebracht. Ob diese auch umgesetzt werden, entscheidet letztendlich der Rat. Wenn er einen Vorschlag aber ablehnt, muss er das begründen.

Der Oberbürgermeister dagegen hüpfte in seiner Haushaltsrede von einem Großprojekt zum nächsten. Die soziale Lage interessiert ihn nicht. Gerade weil der Haushalt 2008 viel mehr Spielraum hat als 2007, wird die Fraktion wieder soziale Initiativen einladen und mit ihnen gemeinsam beraten, was getan werden kann. Dabei wird auch ein Thema sein, wie die Qualifizierung und Ausbildung für junge Menschen verbessert und verbreitert werden kann.

Wir müssen jetzt die ungleiche Verteilung des Reichtums bekämpfen. Gleichzeitig müssen wir für die Zukunft dafür sorgen, dass alle Menschen eine Chance auf Teilhabe bekommen. Ausbildung zu ermöglichen und zu verbessern ist ein erster Schritt in die richtige Richtung.

Jörg Detjen



Kölner Bürgerhaushalt
Deine Stadt, Dein Geld

bekommen haben, in die laufenden Haushaltsberatungen eingebracht. Ob diese auch umgesetzt werden, entscheidet letztendlich der Rat. Wenn er einen Vorschlag aber ablehnt, muss er das begründen.

Der Kölner Bürgerhaushalt ist noch ein zartes Pflänzchen und steht ganz am Anfang. Die große Resonanz schon im ersten Jahr zeigt, dass viele Kölnerinnen und Kölner den Bürgerhaushalt wollen. In den kommenden Jahren muss es daher auf dem Programm stehen, ihn auszuweiten. Ein wichtiger Schritt wäre es, Bürgerversammlungen auf Stadtteilebene einführen, um auch den Dialog zwischen den Leuten herbei zu führen. Dann würden sich auch verstärkt Menschen ohne Internetzugang beteiligen können.

Jörg Detjen

Aus den Bezirken:

■ Ehrenfeld

„Grüner Pfeil“ für Abbieger

Einstimmig angenommen wurde in der Oktobersitzung der BV 4 ein Antrag der Linksfraktion, zu prüfen, ob an der Ecke Subbetherstraße/Ottostraße ein „grüner Pfeil“ für Rechtsabbieger dazu beitragen kann, den Verkehrsfluss zu verbessern.

Ebenfalls angenommen wurde der Antrag der Linksfraktion, durch geeignete Maßnahmen das Zuparken der Fußgänger-Überwege am neugestalteten Lenauplatz zu verhindern.

Ferner befasste sich die Bezirksvertretung wieder einmal mit der Situation an der Straßenbahnlinie 5. Hier sollen neue Haltestellen geschaffen werden, um barrierefreies Ein- und Aussteigen zu ermöglichen. Strittig ist noch, wo genau die neuen Mittelbahnsteige gebaut werden. Einer Bürgeranregung folgend, beschloss die Bezirksvertretung, eine Planung für die Heidemannstraße Süd (Hostertstraße) der von der Verwaltung vorgeschlagenen Lösung „Heidemannstraße Nord“ vorzuziehen.

Einer von der CDU-Fraktion vorgeschlagenen Verbesserung der Verkehrssituation am Abfallcenter Butzweilerhof stimmten die Bezirksvertreter mit einigen Änderungen zu. Vor allem sollen Planungen zu einer Erweiterung des Angebots am Abfallcenter und der vorgeschlagenen Verkehrs-Neuregelungen mit den Investoren und Bauträgern des anliegenden Geländes am Butzweilerhof (Ikea) abgestimmt werden.

Ein wichtiges Anliegen der Bezirksvertreter war es auch, von der Verwaltung möglichst bald einen zeitlichen Ablaufplan für die Bau- und Pflanzmaßnahmen auf der Venloerstraße zu erhalten.

Helga Humbach

■ Mülheim

Jugendzentrum für Buchforst

Im Rahmen der Veranstaltungen und Feierlichkeiten zum 75-jährigen Bestehen des Stadtteils Buchforst haben die Akteure des Stadtteils – insbesondere in der sozialen Arbeit – mehrmals den Bedarf einer offenen Jugendeinrichtung übergreifend formuliert. Auch die Ergebnisse der Zukunftskonferenz Buchforst vom April 2007 haben dieses Defizit bestätigt und konkrete Schritte verlangt.

Zurzeit gibt es im Stadtteil vereinzelte Jugendangebote (Hausaufgabenhilfe, Ferienbetreuung), die von sozialen und kirchlichen Trägern angeboten wird. Doch eine feste Jugendeinrichtung gibt es in diesem Zusammenhang nicht. Ein Grund mehr, dass die Fraktionsgemeinschaft GRÜNE-

LINKE in der Bezirksvertretung Mülheim das als Antrag eingebracht hat. Gefordert wurde die Sicherstellung eines offenen Jugendtreffs oder Jugendzentrums im Stadtteil, in der die offene Jugendarbeit kontinuierlich stattfinden kann. Dieser Antrag wurde von der Bezirksvertretung einstimmig angenommen.

Gerade Buchforst, als einer der Sozialraum-Stadtteile mit hoher Arbeitslosigkeit, Armut und hohem Jugendanteil benötigt mehr soziale Orte, in der sich Jugendliche treffen und gemeinsame soziale Aktivitäten entfalten können. Nachträglich hat es die Information gegeben, dass die Verwaltung gemeinsam mit der GAG nach geeigneten Räumlichkeiten für solch eine Jugendeinrichtung sucht.

Kemal Bozay

■ Mülheim

Skateboardanlage auf Kosten des Mülheim-Programms

Auf der Bezirksvertretungssitzung am 17. September haben sich die Bezirksvertreter mit einer Beschlussvorlage zur geplanten



Skateboard-/Skateranlage unter der Zoo-Brücke im Rheinpark auseinandergesetzt. Die Fraktionsgemeinschaft GRÜNE-LINKE hat von Anfang an die Argumentation eingebracht, dass die Skater auf der Domplatte zur Jugendkultur dieser Stadt gehören und von dort aus nicht vertrieben werden dürfen. Zugleich wurde begrüßt, dass mit Absprache der Skater neben den Möglichkeiten in der Innenstadt auch eine offizielle Anlage eingerichtet wird. Wir haben dabei auch ergänzend auf die Lärmschutz-, Landschaftsschutz- und Hochwasserschutz-situation hingewiesen. Es war den Bezirksvertretern klar, dass dieser Bereich der jetzt einzurichtenden Skateboardanlage nicht mehr zum Stadtbezirk gehört.

Behauptet wurde außerdem, dass die Finanzierung der Anlage aus einem europäischen Förderprogramm sowie aus kommunalen Mitteln sichergestellt sei und bei Ablehnung die Zuschussmittel wahrscheinlich nach Düsseldorf fließen würden. Dass diese Mittel aus dem Soziale Stadt-Programm Mülheim ausgeschöpft werden, wurde verschwiegen. Außerdem war bemerkenswert, im Nachhinein zu erfahren, dass eine „Beruhigung“ des Roncalliplatzes mit Städtebaumitteln für den Stadtteil Mülheim bezahlt werden soll, ohne dass der BV-Mülheim korrekte Informationen vorgelegt wurden.

Die Fraktionsgemeinschaft GRÜNE-LINKE hat dieses zum Anlass genommen, die Klarstellung dieses Zustands anzufordern. Es ist nicht hinnehmbar, dass eine Skateboard-/Skateranlage aus Mitteln des Mülheim-Programms finanziert wird und die Bezirksvertreter falsche Informationen erhalten.

Kemal Bozay

Kaufhauskonzerne und Möbelhäuser wollen vier verkaufsoffene Sonntage

Am 5. November traf sich die Konsensrunde zum Ladenschluss. An diesem Runden Tisch nehmen neben den zahlreichen Einzelhandelsunternehmen und -verbänden auch Vertreter des DGB und ver.di, der Kirchen und der Ratsfraktionen teil. Im Vorfeld zeichnete sich schon eine Kontroverse ab, nachdem die Kaufhauskonzerne versucht hatten, einen vierten verkaufsoffenen Sonntag am 30. Dezember durchzusetzen. Der Antrag wurde von der Stadtverwaltung mit dem Hinweis abgelehnt, der Konsens sehe nur drei Sonntage in der Innenstadt vor.

Gesetzlich sind vier Sonntage möglich. Im Kölner Modell können dagegen nur drei Sonntage zum Verkauf genutzt werden, diese aber differenziert nach Stadtteilen. Insgesamt sind das dann 63 Sonntage, an denen im einen Stadtteil verkauft werden darf, im anderen nicht. Vor der Konsensrunde teilte der Katholikenausschuss mit, dass sei einfach zu viel.

Die Vertreter der Kaufhauskonzerne und der großen Möbelhäuser forderten im barschen Ton vier offene Sonntage. Der Vertreter des DGB konterte. CDU, SPD und Grünen sprachen sich für die Beibehaltung der jetzigen Regelung aus. Der Vertreter der LINKEN unterstützte die Kirchen und den DGB in ihrer Forderung nach einer Reduzierung der Öffnungszeiten und machte deutlich, dass es im Rat für vier verkaufsoffene Sonntage keine Mehrheit geben wird. Damit waren die Gespräche festgefahren. Jetzt soll eine kleine Runde versuchen, doch noch einen Konsens zu erzielen. Das wird nicht einfach werden. Bei Redaktionsschluss lag noch kein Ergebnis vor.

Jörg Detjen

Köln lässt unterdurchschnittlich Wenige bleiben

Vor einem Jahr haben die Innenminister der Bundesländer eine Bleiberechtsregelung beschlossen. Menschen, die lediglich über eine Duldung verfügen und seit sechs (Familien) bzw. acht (Alleinstehende) Jahren in Deutschland leben, konnten unter bestimmten Bedingungen ein Bleiberecht beantragen. Dazu gehörten ausreichende Sprachkenntnisse und der Nachweis, den Lebensunterhalt allein bestreiten zu können.

Der Antrag auf Gewährung des Bleiberechts konnte bis Ende September gestellt werden. Auf Anfrage der Fraktion DIE LINKE. KÖLN veröffentlichte die Stadtverwaltung jetzt Vergleichszahlen zur Bleiberechtsregelung im Regierungsbezirk Köln.

In Köln wurden letztlich 1.793 Anträge gestellt. Bisher wurden davon 565 Menschen das Bleiberecht gewährt. Damit liegt Köln an elfter Stelle. Lediglich sechs Städte im Regierungsbezirk verleihen das Bleiberecht seltener. An der Spitze dagegen liegt Troisdorf, in dem über die Hälfte aller Antragsteller inzwischen einen regulären Aufenthaltsstatus bekommen haben.

Warum andere Kommunen besser da stehen, konnte die Verwaltung nicht beantworten. Bei den jetzt ausstehenden Entscheidungen sollte die Verwaltung das Wohl der Flüchtlinge in den Mittelpunkt stellen. Diese Menschen leben seit vielen Jahren in der Stadt und sind längst Kölnerinnen und Kölner geworden. Jetzt muss die Stadt ihren Teil zur Integration beitragen.

Özlem Demirel

Kein Geld für die Bäder in Nippes, Weiden und Rodenkirchen?

Der Aufsichtsrat der Kölnbäder GmbH hat beschlossen, die Kostensteigerungen für die Bäder-Neubauten in Ossendorf (+2 Mio.) und an der Lentstraße (+4,4 Mio.) zu akzeptieren.

Für die Bürger in Nippes, Weiden und Rodenkirchen ist diese Arroganz der Macht seitens der Bäder GmbH und der Politiker ein Schlag ins Gesicht. Ihre Bäder sollen trotz aller Argumente und Proteste ge-

schlossen werden, um jeweils einige Hunderttausend Euro jährlich einzusparen und bei den ohnehin schon teuren Neubauten ruft die Bäder GmbH „Hurra, was kostet die Welt.“ Offensichtlich ist doch mehr Geld vorhanden, als uns immer erzählt wurde.

Angeblich steigt der Kostendeckungsgrad der Anlage an der Lentstraße durch die hohe Baukosten verursachende größere Eislaufbahn. Doch die Bäder GmbH war nicht willens oder nicht in der Lage, dem Finanzausschuss absolute Zahlen vorzulegen, um wie viel teurer der Betrieb der Anlage wird. Ein Dialog



Foto: Alexandra Bersch (Arbeiterfotografie)

der Verwaltung und der Bäder GmbH mit der Bevölkerung findet nicht statt, weder mit den Skeptikern gegenüber den „Bürgerbädern“ noch mit denen, die bereit sind, einen Trägerverein dafür zu gründen.

Die Nippeser Initiative „Bäder für Alle“ lässt sich von diesen Machenschaften nicht irritieren. Fast täglich sind die Aktiven im Stadtteil unterwegs, machen Informationsstände oder Mahnwachen vor dem Schwimmbad.

Der Zuspruch in der Bevölkerung ist sehr groß. In zwei Monaten konnten rund 7.000 Unterschriften gesammelt werden. Neben der Veranstaltung am 14.11. (siehe Kasten) sind weitere Aktionen in Planung.

Die Initiative wurde von „Gemeinsam gegen Sozialraub“ und den Senioren-Gesundheitsschwimmern des Nippeser Bades gegründet, inzwischen sind auch weitere Mitglieder der LINKE. sowie Mitglieder der SPD Nippes dort aktiv.

Die Initiative fordert den Erhalt der Bäder in Nippes, Weiden und Rodenkirchen in Trägerschaft der Kölnbäder GmbH und lehnt die von SPD/Grünen vorgeschlagenen „Bürgerbäder“ als Mogelpackung ab.

Weitere Informationen unter :
<http://www.nippes-bad.de>

Claus Ludwig

Im Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün hat es eine Umbesetzung gegeben:

Nach dem Rücktritt von Hubert Schönthaler vertritt nun Frank Kühl von „Gemeinsam gegen Sozialraub“ die Fraktion DIE LINKE. KÖLN als Sachkundiger Einwohner.

Mittwoch, 14.11.: Veranstaltung am Nippes-Bad

Die Initiative „Bäder für Alle“ führt am Mittwoch, den 14.11., eine Protest- und Informationsveranstaltung am Schwimmbad Nippes durch. Das Treffen beginnt um 18 Uhr vor dem Schwimmbad in der Friedrich-Karl-Str. 64.

Eigentlich hatte die Bezirksvertretung Nippes im August einstimmig eine offene Informationsveranstaltung zum Thema beschlossen. Die Planungshoheit wurde jedoch an die Stadt abgegeben. Das zuständige Jugend-Dezernat hat bis heute keine Termine für Infoveranstaltungen in den Stadtteilen nennen können (oder wollen). Daher bietet jetzt die Initiative die Möglichkeit zur Diskussion für die Bevölkerung.

Keine Fahrschein- „Razzien“ bei der KVB

DIE LINKE. KÖLN hat für die Ratssitzung den Antrag eingebracht, den Vorstand der KVB aufzufordern, bei Fahrscheinkontrollen auf das Mittel der „Razzia“ (Schwerpunktkontrollen mit massivem Polizeieinsatz und Zwangsaufenthalt) zu verzichten.

Die massive Präsenz von Kontrolleuren und Polizei zur Durchführung von Fahrscheinkontrollen wird von vielen (zahlenden) Fahrgästen als unangenehm und bedrohlich wahrgenommen. Der Aufwand steht in keinem Verhältnis zum Nutzen, zusätzlich wird Schaden angerichtet, indem Kunden der KVB verunsichert werden.

Die Verweigerung des Bahn-Ausstiegs für Fahrgäste zur Durchführung der Massenkontrolle stellt einen Eingriff in deren Freiheitsrechte dar. Die Aufgabe der KVB ist die Beförderung von Fahrgästen und nicht die Verfolgung von Nichtzahlern mit allen Mitteln.

In der Presse war davon zu lesen, dass am Wiener Platz und am Eifelwall KVB-Mitarbeiter verletzt wurden, weil mutmaßliche Straftäter sich der Personalien-Feststellung entziehen wollten. Die durch die „Razzien“ hervorgerufene Verquickung von Polizeitätigkeit und der Tätigkeit von KVB-Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern führt für Letztere zu einer Gefährdung, die ihnen nicht zuzumuten ist.

Spenden rheinischer Kapitalisten nach 10 Jahren anerkannt

Am 4.12.1997 traf die erste Spende von 63.911,49 Euro (damals in DM) auf einem städtischen Konto für den Kölner Stifterrat ein. Für diese Spende erhielt der Stifter eine Spendenbescheinigung der Stadt Köln. Bis März 2007 gingen insgesamt 2,5 Mio. Euro auf das Konto ein, ohne dass das Geld in den letzten 10 Jahren in den Haushalt der Stadt Köln eingestellt wurde.

Auf der kommenden Ratssitzung wird nun das Geld „nachträglich“ als Schenkung angenommen. In der Begründung des Antrages aus der Kulturverwaltung heißt es u. a.:

„Zur Schaffung der Rechtssicherheit in dieser Angelegenheit wird dem Rat daher die Annahme der Schenkung nachträglich zur Entscheidung vorgelegt. Die Verwaltung wird dem Rat künftig weitere Spendeneingänge des Stifterrates Wallraf-Richartz-Museum unverzüglich zur Beschlussfassung vorlegen.“

Vor drei Jahren hatte die damalige PDS-Gruppe auf diesen Missstand hingewiesen. Stadtkämmerer Soénius wies damals die Kritik zurück und behauptete gar, es würde sich nicht um ein Konto der Stadt Köln handeln. Es war mehrfach zu heftigen Auseinandersetzungen mit Ratsmitglied Jörg Detjen gekommen.

Der Rat erfährt in der Vorlage nicht, wer im Einzelnen gespendet hat. Hoffentlich weiß das wenigstens die Verwaltung. Wichtig ist eher, dass die Millionen Euro, die noch auf dem Konto liegen, auch für besondere Projekte des Museums ausgegeben werden. Es muss unbedingt verhindert werden, dass sie das Faustpfand sind, mit dem eine Privatisierung des Museums durchgesetzt wird.

Jörg Detjen

Angesichts der zunehmenden Armut in der Bundesrepublik und in Köln ist davon auszugehen, dass immer wieder Menschen die KVB benutzen werden, ohne ein Ticket zu lösen.

Es ist davon auszugehen, dass stärker als in vergangenen Jahren viele Menschen sich das Ticket nicht leisten können.

Auf diese Entwicklung darf die KVB nicht mit verstärkter Repression reagieren sondern muss mittelfristig die Preise senken und spezielle Angebote für Menschen mit niedrigem Einkommen entwickeln. Das Angebot im Rahmen des Köln-Passes ist ein Schritt in diese Richtung, ist aber für viele noch immer zu teuer.

Claus Ludwig

Kliniken gGmbH will Krefelder Krankenhaus kaufen – Risiken für die Beschäftigten?

Die Kliniken Köln gGmbH sind daran interessiert, das in finanzielle Schwierigkeiten geratene Klinikum Krefeld zu übernehmen. Die Kliniken sind neben den privaten Klinik-Konzernen Sana und Helios als einzige öffentliches Unternehmen noch im Rennen um den Kauf des Klinikums.

Die Gewerkschaft ver.di in Krefeld favorisiert den Verkauf des Klinikums an einen öffentlichen Träger und sieht das als eine Verhinderung der Privatisierung. Allerdings würde auch mit dieser „Nicht-Privatisierung“ die Kostensenkungs-Logik von Privatinvestoren Einzug in Krefeld halten.

ver.di Krefeld hat für den Fall der Übernahme des Krankenhauses durch die Kölner Kliniken einen „Zukunftssicherungstarifvertrag“ (ZuSi) ausgehandelt. Der Kern dieses Vertrages wären Lohnkürzungen in Höhe von 40 Millionen Euro von 2008 bis 2012 (laut RP Online, 2.10.07).

ver.di hat sich 2004 bundesweit darauf eingelassen, dass Kliniken auf die Einkommen der Beschäftigten zugreifen können, um Investitionen zu finanzieren, die angeblich die Zukunft des jeweiligen Kranken-

hauses sichern. Angesichts der Unterbezahlung im gesamten Gesundheitsbereich ist diese zusätzliche Gehaltskürzung für viele Beschäftigte ein weiterer Schlag ins Gesicht. ver.di NRW hatte dies zu Recht abgelehnt.

Die von der Klinik-Leitung geplante Einführung des ZuSi im Städtischen Klinikum Frankfurt-Höchst ist allerdings am Widerstand der Beschäftigten und von ver.di gescheitert. Bei den Kasseler Kliniken wurde der ZuSi durchgesetzt, leider dank der Mithilfe von ver.di-Funktionären und Betriebsräten (siehe www.netzwerk-verdi.de).

Es ist offen, wie die Kölner Kliniken die Verluste des Krefelder Krankenhauses stemmen wollen. Der Überschuss von 2 Mio. Euro im Jahr wird dazu nicht ausreichen.

Es steht zu befürchten, dass auch die Kölner Klinik-Leitung auf die Idee kommen könnte, diese „Investition in die Zukunft“ von den Beschäftigten bezahlen zu lassen.

Beim Aufkauf von Kliniken ist mit weiterem Arbeitsplatzabbau zu rechnen. Es wäre schlicht zynisch, diesen auch noch

durch die Beschäftigten finanzieren zu lassen.

Die Fraktion DIE LINKE. KÖLN hat eine Anfrage an die Verwaltung gestellt, um Informationen über die Planungen der Kliniken zu erhalten:

Ist der Verwaltung bekannt, mit welchen Geldern die Kliniken Köln gGmbH den Kaufpreis für das Klinikum Krefeld zu bezahlen plant?

Ist der Verwaltung bekannt, mit welchen Geldern die Kliniken Köln gGmbH das zu erwartende Defizit des Klinikums Krefeld auffangen wollen?

Ist der Verwaltung bekannt, ob die Geschäftsführung der Kliniken Köln gGmbH in Erwägung zieht, einen „Zukunftssicherungsvertrag“ mit Wirkung auch für die Beschäftigten der Häuser Merheim, Holweide und Amsterdamer Str. anzustreben?

Sollte der Verwaltung bisher nichts bekannt sein: Plant die Verwaltung eine Erörterung dieser Fragen im Rat bzw. im zuständigen Ausschuss „Umwelt, Gesundheit und Grün“?

Claus Ludwig

Kamuoyuna Açıklama

Köln Uyum Meclisi Başkanı *Tayfun Keltek* ile Alman Sendikalar Birliği (DGB) Köln-Leverkusen-Erft-Berg Bölgesi Başkanı *Dr. Wolfgang Uellenberg-van Dawen*'in daveti sonucu değişik kurum temsilcileri 2 Kasım günü biraraya geldiler:

Rafet Öztürk, Mitglied des Integrationsrates

Tahsin Tekin, Föderation der Dersim-Gemeinden in Europa e.V.

Ali Ertan Toprak, Generalsekretär, Alevitische Gemeinde Deutschland e.V.

Dr. Kemal Bozay

Metin Sirin, Integrationsrat der Stadt Köln

Özgür Metin Demirel, Demokratischer Arbeiterverein Köln (DIDF)

Özlem Demirel, Mitglied des Rates der Stadt Köln, Die Linke

Jörg Detjen, Fraktionsvorsitzender Die Linke. Köln

Kurum temsilcileri aşağıdaki Basın Açıklamasını onayladılar

- Türkiye ve Kuzey Irak'ta gelişen kanlı olayların haberini büyük bir üzüntüyle öğrenmiş bulunuyoruz. Biz, bu tür haberlerin şehirimizde yaşayan bir çok insanı yankından ilgilendirdiğini, korku ve tereddütün yanısıra bazılarının öfkeli olduğunu bilmekteyiz.

- Biz herkesi, düşüncelerini barışçıl ve şiddete başvurmadan ifade etmeye çağırıyoruz. Üzüntü içerisinde bulunmak ve taraf tutmak elbette meşrudur, ama hiç bir insanın hangi yöntemle olursa olsun, şiddet kullanmaya hakkı yoktur. Biz Köln'ün semtlerinde, iş yerlerinde ve okullarında barış içerisinde ve birbirimize saygılı davranarak yaşamak istiyoruz. Basını bun noktada barış ve birlikte yaşam üzerine bilgi vermeye davet ediyoruz. Aşırı Sağcıların ve Milliyetçilerin bu barışı engellemesine birlikte mücadele etmeyelim.

Erklärung an die Öffentlichkeit

Auf Einladung des Vorsitzenden des Integrationsrates *Tayfun Keltek* und des Vorsitzenden der DGB-Region Köln-Leverkusen-Erft-Berg, *Dr. Wolfgang Uellenberg-van Dawen* trafen sich am 2. November folgende Persönlichkeiten:

Rafet Öztürk, Mitglied des Integrationsrates

Tahsin Tekin, Föderation der Dersim-Gemeinden in Europa e.V.

Ali Ertan Toprak, Generalsekretär, Alevitische Gemeinde Deutschland e.V.

Dr. Kemal Bozay

Metin Sirin, Integrationsrat der Stadt Köln

Özgür Metin Demirel, Demokratischer Arbeiterverein Köln (DIDF)

Özlem Demirel, Mitglied des Rates der Stadt Köln, Die Linke

Jörg Detjen, Fraktionsvorsitzender Die Linke. Köln

Sie verabschiedeten folgende Pressemitteilung:

- „Mit tiefer Trauer hören wir die Nachrichten von neuen blutigen Auseinandersetzungen in der Türkei und im Nordirak. Wir sind uns bewusst, dass diese Nachrichten viele Menschen, die in unserer Stadt leben, in Angst, Sorge und manche auch in Wut und Zorn versetzen.“
- Wir bitten alle, ihre Meinung friedlich und ohne Gewalt zu äußern. Trauer, Betroffenheit und Parteinahme sind berechtigt, aber niemand hat das Recht hier in welcher Form auch immer Gewalt auszuüben. Wir wollen friedlich und in gegenseitigem Respekt miteinander in Köln, in den Stadtvierteln, in den Betrieben und an den Schulen leben. Wir erwarten von den Medien, dass sie in ihrer Berichterstattung für ein friedliches Miteinander zu sorgen.
- Wir wollen Rechtsextremisten und Nationalisten keine Chance geben, diesen Frieden zu stören.“

Vi.S.d.P.: Dr. Wolfgang Uellenberg-van Dawen und Jörg Detjen



Die Situation im türkischen und irakischen Teil Kurdistans spitzt sich zu. Die USA und die Türkei wollen nun gemeinsam die PKK bekämpfen. Die Gefahr ist groß, dass nicht nur die PKK, sondern auch alle im irakischen Teil Kurdistan lebenden Kurden faktisch eingekesselt werden. Eigentlich müsste die Türkei einen Friedensvorschlag machen. Sie könnte einen Friedensprozess in Gang setzen.

Am Wochenende gab es am Samstag im ganzen Bundesgebiet Demonstrationen von linken und kurdischen Gruppen. Am Sonntag demonstrierten konservative und nationalistische Türken. Im Vorfeld der Veranstaltung haben sich demokratische Kräfte getroffen und zur Besonnenheit aufgerufen. Die Erklärung dokumentieren wir.

Der deutsch-türkisch-kurdische Dialog muss fortgesetzt werden. Ende November werden sich verschiedene Demokraten treffen, um über das konkrete Zusammenleben in Köln zu diskutieren.

Jörg Detjen



Demonstration linker und kurdischer Gruppen am 3. November auf der Domplatte

Kinder müssen wirksam vor Vernachlässigung geschützt werden

Weiterentwicklung des Sozialen Frühwarnsystems in Köln geht an den tatsächlichen Lebenslagen vorbei

Nach dem Tod des fünfjährigen Kevin in Bremen beauftragte der Jugendhilfeausschuss die Verwaltung, das Konzept des sozialen Frühwarnsystems in Köln weiterzuentwickeln. Es ist sicher überfällig, Kinder besser vor Vernachlässigung zu schützen und überforderten Eltern leichter erreichbare Hilfestellungen zu geben. Was die Verwaltung vorlegte, erscheint der Fraktion DIE LINKE. KÖLN aber ein untaugliches Instrument dafür zu sein.

Durch das Konzept zieht sich, dass Momentaufnahmen klären sollen, ob ein Kind in einer problematischen Familiensituation aufwächst. Es wird einen Willkommensbesuch bei allen Eltern von Neugeborenen geben. Dabei sollen die Eltern Informationen zu Hilfsangeboten bekommen. Dieser Besuch wird von ehrenamtlichen Kräften durchgeführt, die zwar vorher geschult werden. Es bleibt trotzdem sehr fraglich, ob diese Ehrenamtler gut mit der Situation in vielen Familien umgehen können, oder ob durch überforderte Ehrenamtliche eher Vertrauen der Familien in die Betreuungsarbeit der Stadt zerstört wird.

Gerade schwierige Familien fassen nur langsam Vertrauen in staatliche Ansprechpartner, was z. B. guten Streetworkern gelingt. Ein einmaliger Besuch einer fremden Person bringt nichts.

Ein weiterer Baustein ist das Pro-

gramm „Gesunde Zukunft für Kinder in Köln“. Hier sollen medizinische Fachkräfte wie KinderärztInnen oder Hebammen kurz vor oder nach der Geburt bei Gesprächen mit Eltern heraushören und abfragen, ob die Eltern ein oder mehrere Risikofaktoren besitzen. Dazu gehören eine Kindheit im Heim, eigene Gewalterfahrung, Süchte oder auch schwierige soziale Problemlagen wie Verschuldung oder Arbeitslosigkeit. Liegen Risikofaktoren vor, sollen Eltern auf das Programm aufmerksam gemacht werden. Wenn sie einwilligen, daran teilzunehmen, können sie besondere Hilfsangebote nutzen, werden aber gleichzeitig auch beobachtet.

Hier ergeben sich offene Fragen. Was passiert mit den erhobenen Daten? Verlieren medizinische Vertrauenspersonen nicht das Vertrauen der Eltern, wenn diese immer im Hinterkopf haben müssen, aufgrund z. B. ihrer Arbeitslosigkeit unter besonderer Beobachtung zu stehen? Das wäre vergleichbar mit einem staatlichen Programm, in denen Anwälte die Risikofaktoren von Mandanten beurteilen müssten.

Schließlich werden den Mitarbeitern von zehn Familienzentren Weiterbildungen, finanziert über Landesmittel, angeboten. Das ist gut und richtig, allerdings auch nur ein Tropfen auf den heißen Stein.

Insgesamt stecken 12,5 Mio. Euro in den Programmen. Der Allgemeine Soziale Dienst wird mit fünf SozialarbeiterInnenstellen (für eine weitere sind Januar 2007 bereits Mittel bewilligt worden) aufgestockt. In das Programm „Gesunde Zukunft für Kinder in Köln“ fließen noch einmal 387.000 Euro Personalkosten, noch einmal vier Stellen gehen an die vier großen Wohlfahrtsverbände, die mit der Rekrutierung und Schulung der Ehrenamtlichen betraut sind.

DIE LINKE. KÖLN sähe dieses Geld lieber für „Familienworker“ ausgegeben, die analog zu Streetworkern einem bestimmten Sozialraum zugeordnet sind. Sie sollten, wo möglich, an Familienzentren angeschlossen sein, nicht nur Beratungsarbeit durchführen, sondern auch im Veedel präsent sein und aufsuchende Sozialarbeit machen. Sie kennen „ihre“ Eltern und Kinder und diese kennen sie. So bildet sich Vertrauen, und echte und vor allem nachhaltige Hilfe ist möglich. Mit der bisherigen Finanzausstattung sind ca. 15,5 Stellen für SozialpädagogInnen zu finanzieren. Das reicht natürlich bei weitem nicht. Diese Stellen aber auf 21,5 aufzustocken und damit bei jedem Familienzentrum eine halbe Stelle anzusiedeln, wäre ein Schritt in die richtige Richtung.

Andrea Kostolnik

Auflösung der Versorgungsämter: Köln und Leverkusen wollen besseren Service für Behinderte und Eltern

Ende Oktober hatte die schwarz-gelbe Landesregierung die Auflösung der Versorgungsämter beschlossen. Ihre Aufgaben, z.B. die Berechnung des Elterngeldes oder die Feststellung einer Behinderung sollen von nun an die Kommunen erledigen.

Diese sind damit aber überfordert. Gerade im Schwerbehindertenrecht gibt es viele Einzelfälle, die ein detailliertes Fachwissen erfordern. Dieses Fachwissen ist aber nur in einer großen Behörde vorhanden. Eine Kommune mit einer oder einer halben Stelle für diese Aufgaben kann dieses Wissen gar nicht bereitstellen.

Leverkusen wird deswegen eine Kooperation mit Köln eingehen. Die Kölner Stadtverwaltung wird diese Aufgaben übernehmen und wird dafür von der Nachbarstadt bezahlt. Damit sind zumindest für diese beiden Städte Ungerechtigkeiten durch eine unterschiedliche Bewertungspraxis verhindert worden.

Der ärztliche Dienst stellt u. a. den Grad der Behinderung fest. Hier soll das Personal so stark gekürzt werden, dass für Köln statt bisher drei Ärzte nur noch ein Arzt und zwei nicht-qualifizierte Kräfte vorgesehen sind.

Damit die Erledigung der Aufgaben sichergestellt ist, wird Köln neben Leverkusen mit Bonn und dem Rhein-Erft-Kreis kooperieren, um ein ärztliches Kompetenzzentrum beim Landschaftsverband Rheinland anzusiedeln. Sollte auch dafür zu wenig Personal oder Geld fließen, „wird die Verwaltung mögliche Schritte – auch rechtlicher Natur – gegen die Landesverwaltung prüfen“.

Dabei hatten sich die beiden Landschaftsverbände bereits im Vorfeld darum bemüht, die Aufgaben der Versorgungsämter zu übernehmen. Die Landesregierung, die die Landschaftsverbände auflösen will, hatte das Angebot abgelehnt.

Dabei können die Städte und Gemeinden die gewaltige Aufgabe anscheinend nicht alleine stemmen.

Das führt die Argumente der Landesregierung für die Verwaltungsstrukturreform ad absurdum.

Sie sollte mehr Bürgernähe schaffen. Die Kommunen sind zwar bürgernah, haben aber alleine zu wenig Personal und Sachverstand.

Auch das Kostenargument zieht nicht. In der Verwaltungsvorlage heißt es: „Allein mit dem zugewiesenen Personal kann [...] die Aufgabenwahrnehmung nicht sichergestellt werden.“

Offensichtlich möchte die Landesregierung wieder einmal auf Kosten der Kommunen sparen. Die überstürzte Verwaltungsreform nützt nur der Landesregierung. Kommunen und Bürger gucken in die Röhre.

Jörg Detjen

Platzj abbeck

Bitte kosten los schicken

Ja, ich möchte regelmäßig Informationen über die Arbeit der Fraktion Die Linke.Köln im Rat der Stadt Köln erhalten. Bitte schicken Sie den „Platzj abbeck“ kostenlos und unverbindlich an folgende Adresse:

.....
Name, Vorname

.....
Straße, Postleitzahl, Ort

Die Linke.Köln, Fraktion im Rat der Stadt Köln
Gülichplatz 1-3, Postfach 103 564, 50475 Köln
Tel. 221-278 40, Fax 221-278 41

email: DieLinke.Koeln@stadt-koeln.de V.i.S.d.P. Jörg Detjen

LINKE. KÖLN nicht überrascht über Vorwürfe gegen Ex-SK-Chef Schröder

Durch viele Geschäfte städtischer Betriebe mit dem Oppenheim-Esch-Fonds zieht sich ein roter Faden: das öffentliche Unternehmen Sparkasse und der Rat der Stadt Köln hat faktisch eine Risikoabschirmung für die privaten Investoren des Fonds übernommen.

So wie es aussieht, hat der ehemalige SK-Chef Schröder öffentliche Gelder eingesetzt, um der größten und reichsten Privatbank Europas Extra-Profite zu sichern. Diese Art von Risikoübernahme à la Schröder steht am Beginn der Messe-Affäre, bei der unter dem Strich mehrere Hundert Millionen städtische Gelder an die Fonds-Investoren verschenkt werden.

Claus Ludwig

Der Sonnenkönig schafft sich seinen Hofstaat

Künftig besetzt Oberbürgermeister Beamtenstellen ohne Mitsprache

Mit der gerade beschlossenen neuen Gemeindeordnung in Nordrhein-Westfalen werden die Bürger machtloser, die Bürgermeister aber mächtiger. Die schwarz-gelbe Landesregierung mag es nicht, wenn der Verwaltung hineingeredet wird. So wurde das Widerspruchsverfahren für Bürger stark eingeschränkt.

Der Oberbürgermeister als Chef der Verwaltung dagegen darf künftig Beamtinnen und Beamte sowie Angestellte ab TVöD Stufe 14 ohne Mitsprache des Ausschusses für Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen einstellen, befördern und kündigen. Lediglich bei Amtsleiterstellen und Punktdienststellenleitern hat die Politik künftig noch ein Wörtchen mitzureden.

In der Vergangenheit waren die einzelnen Personalmaßnahmen im Ausschuss immer heftig diskutiert worden. Denn die Verwaltung wird nicht nur von Führungskräften geprägt. Der Mittelbau ist genauso wichtig.

Nun kann der Oberbürgermeister künftig am Rat vorbei Personalpolitik zu seinem Vorteil machen. Früher mussten diese Stellen im Konsens besetzt werden. Die Stadt und ihre Bürger brauchen auch weiterhin eine Verwaltung, die von breiter Zustimmung getragen wird. Die nun zu erwartende Machtpolitik eines Sonnenkönigs Oberbürgermeister schaden einer effektiven Arbeit nur.

Jörg Detjen

Skater werden nicht vertrieben

Unter der Zoobrücke sollte eine Skateranlage errichtet werden. Die Errichtung sollte 935.000 Euro kosten, der Betrieb jährlich noch einmal 10.000 Euro. Doch der Bau der Skateboardanlage unter der Zoobrücke sollte den Vorwand liefern, die Skater von der Domplatte zu vertreiben. Das ging aus der Vorlage des Oberbürgermeisters klar hervor.

Ein Änderungsantrag sah dagegen vor, vorhandene Flächen für Skater instand zu setzen und auf die Errichtung einer neuen Anlage zu verzichten. DIE LINKE. KÖLN schloss sich diesem Änderungsantrag der SPD an und hat sich mit einem Zusatz zu diesem Antrag durchgesetzt.

Damit hat der Stadtentwicklungsausschuss die Vorlage der Verwaltung aus-

drücklich deshalb abgelehnt, weil das „Alternativmodell zum Roncalliplatz“ mit einer „restriktiven“ und repressiven Ordnungspolitik verbunden ist.

Die Vertreibung der Skater von der Domplatte ist damit erst einmal vom Tisch. Zuckerbrot und Ordnungsknüppel haben sich nicht durchgesetzt. Das ist gut – nicht nur für die Jugendlichen selbst. Die Domplatte gehört allen, nicht nur Domhotel und Domkapitel. Köln braucht Weltoffenheit und Toleranz und keine repressive Ordnungspolitik.

Die LINKE. KÖLN wird darauf achten, dass nicht im Zuge des Geschäfts der laufenden Verwaltung der Belag auf dem Roncalliplatz für Skater unbrauchbar gemacht wird.

Jörg Detjen

Termine – Termine

Infoveranstaltung zur neuen

Gemeindeordnung

Referent: Wolfgang Uellenberg van Dawen, Vorsitzender des DGB Köln

Mittwoch, 28.11., 19 Uhr
Rathaus, Spanischer Bau
Kardinal-Frings-Raum

Wohnungspolitische Konferenz

Sa, 09.02.2008, 13 – 18 Uhr
Bürgerhaus Kalk,
Kalk-Mülheimer-Str. 58